



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Knaup

Telefon: (0221) 221-26014

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: maria.knaup@stadt-koeln.de

Datum: 23.03.2017

Niederschrift

über die **23. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 13.03.2017, 16:30 Uhr bis 18:06 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Bernd Petelkau	CDU
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE
Herr Jörg Frank	GRÜNE
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE
Herr Ralph Sterck	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Christian Joisten	SPD	Vertreter von Frau Schultes
Herr Peter Kron	SPD	Vertreter von Herrn Dr. Heinen
Herr Gerrit Krupp	SPD	Vertreter von Herrn Börschel

Verwaltung

Frau Beigeordnete Andrea Blome

Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug

Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

Frau Dagmar Dahmen

Herr Gregor Timmer

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel	SPD	Vertreten durch Herrn Krupp
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD	Vertreten durch Herrn Kron
Frau Monika Schultes	SPD	Vertreten durch Herrn Joisten

Beratende Mitglieder

Herr Jochen Haug	AfD
------------------	-----

Verwaltung

Frau Beigeordnete Ute Berg

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Es gibt folgende Zusetzungen im öffentlichen Teil:

2.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. aus der Sitzung vom 09.01.2017
0631/2017

2.1.2 Verwaltungsgerichtliches Verfahren der Gruppe pro Köln wegen Zuwendungen für Geschäftsführung
0805/2017

3.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Blitzer-Fiasko an der BAB3
AN/0381/2017

Antwort der Verwaltung

0784/2017

- 5.1.1 1. Änderungsverordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2017
0597/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0428/2017

Es liegt folgender Dringlichkeitsantrag vor:

- 4.1 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Die Grünen, Die Linke., FDP, Ratsgruppe GUT und Ratsgruppe Piraten betreffend: Kreuzstein zur Erinnerung an die Opfer des Völkermords an den Armeniern
AN/0427/2017

Frau Dos Santos Herrmann spricht sich für die SPD-Fraktion gegen die Dringlichkeit aus. Sie führt aus, ihre Fraktion habe im April 2016 eine bislang unbeantwortete Anfrage zum Thema gestellt.

Herr Frank und Herr Petelkau erläutern die Dringlichkeit des Antrages.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion mehrheitlich zugestimmt.

Der Dringlichkeitsantrag ist damit in die Tagesordnung aufgenommen.

Frau Dos Santos Herrmann bittet zum Dringlichkeitsantrag unter TOP 4.1 den nachfolgenden Ersetzungsantrag aufzunehmen:

Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion zu TOP 4.1
AN/0433/2017.

Frau Oberbürgermeisterin Reker teilt mit, dass der Ersetzungsantrag als Änderungsantrag unter TOP 4.1 mitbehandelt werde.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1.1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Mitteilungen

- 2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

- 2.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. aus der Sitzung vom 09.01.2017
0631/2017

- 2.1.2 Verwaltungsgerichtliches Verfahren der Gruppe pro Köln wegen Zuwendungen für Geschäftsführung
0805/2017

- 2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Autonomes Zentrum Köln an der Luxemburger Straße 93
AN/0069/2017

Antwort der Verwaltung
0299/2017

- 3.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Entscheidung der Vergabekammer Rheinland zum Erweiterungsbau für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
AN/0039/2017

Antwort der Verwaltung
0221/2017

- 3.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Blitzer-Fiasko an der BAB3
AN/0381/2017

Antwort der Verwaltung
0784/2017

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 4.1 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Die Grünen, Die Linke., FDP, Ratsgruppe GUT und Ratsgruppe Piraten betreffend: Kreuzstein zur Erinnerung an die Opfer des Völkermords an den Armeniern
AN/0427/2017

Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0433/2017

5 Dringlichkeitsentscheidungen

- 5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 5.1.1 1. Änderungsverordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2017
0597/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0428/2017

- 5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Sonstige Allgemeine Vorlagen

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Mitteilungen

8.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

8.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

11 Dringlichkeitsvorlagen

11.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

12 Personalien

13 Sonstige allgemeine Vorlagen

14 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1.1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. aus der Sitzung vom 09.01.2017 0631/2017

Frau Stahlhofen dankt für die Beantwortung. Sie merkt an, es sei fraglich, ob die Parameter der für die weitere Finanzierung des Projektes einzusetzenden EFRE-Mittel noch die gleichen seien.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.1.2 Verwaltungsgerichtliches Verfahren der Gruppe pro Köln wegen Zuwendungen für Geschäftsführung 0805/2017

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Autonomes Zentrum Köln an der Luxemburger Straße 93 AN/0069/2017

Antwort der Verwaltung 0299/2017

Herr Beigeordneter Höing bestätigt auf Nachfrage von Herrn Krupp, dass Gespräche mit dem Autonomen Zentrum geführt worden seien. Man gehe die Standortsuche zügig an, die sich wie erwartet schwierig gestalte.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Entscheidung der Vergabekammer Rheinland zum Erweiterungsbau für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud AN/0039/2017

**Antwort der Verwaltung
0221/2017**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

**3.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Blitzer-Fiasko an der BAB3
AN/0381/2017**

**Antwort der Verwaltung
0784/2017**

Herr Stadtdirektor Dr. Keller erläutert auf Nachfrage von Herrn Krupp, alle Antragstellerinnen und Antragsteller seien umgehend darüber informiert worden, dass die Auszahlung mehrere Wochen dauere. Die mehrwöchige Bearbeitungszeit liege in einem revisions- und missbrauchssicheren Auszahlverfahren begründet. Bezüglich der verbleibenden Mittel führt er aus, dass es verschiedene Vorschläge gebe und letztendlich der Rat entscheide.

Auf Nachfrage von Frau Stahlhofen antwortet Herr Stadtdirektor Dr. Keller, Erstattungsanträge würden unabhängig vom Eingangsweg (online, schriftlich, telefonisch) bearbeitet.

Die Anfrage sowie die Antwort der Verwaltung werden zurückgestellt und auf Bitte von Herrn Krupp für die nächste Sitzung des Hauptausschusses erneut auf die Tagesordnung genommen. Die Beantwortung soll zudem dem Verkehrsausschuss und dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales zur Kenntnis gegeben werden.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Die Grünen, Die Linke., FDP, Ratsgruppe GUT und Ratsgruppe Piraten betreffend: Kreuzstein zur Erinnerung an die Opfer des Völkermords an den Armeniern
AN/0427/2017**

**Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0433/2017**

Herr Petelkau und Frau Jahn erläutern die Hintergründe des Dringlichkeitsantrages.

Herr Joisten begründet den Ersetzungsantrag. Er bittet um schriftliche Beantwortung der von der SPD-Fraktion am 26.04.2016 im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gestellten Anfrage [AN/0770/2016].

Die Mitglieder des Hauptausschusses führen eine intensive Diskussion zum Thema.

Frau Oberbürgermeisterin Reker berichtet, sie habe viele Gespräche zur Aufstellung des Gedenksteines geführt. Ein Gespräch mit dem Erzbischof der Armenischen Gemeinde in Köln im vergangenen Jahr habe sie davon überzeugt, dass der genannte Ort aus verschiedenen Gründen für die armenische Gemeinde sehr wichtig sei.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion (AN/0433/2017) abstimmen, der lautet:

Präambel:

„Am 2. Juni hat der Deutsche Bundestag mit breiter Mehrheit den Antrag „Erinnerung und Gedenken an den Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten in den Jahren 1915 und 1916“ der Fraktionen CDU/CSU, SPD und Bündnis90/Die Grünen beschlossen. Darin wird der Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich in aller Deutlichkeit beklagt und verurteilt. In den Entschließung heißt es: „Der Deutsche Bundestag verneigt sich vor den Opfern der Vertreibungen und Massaker an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten des Osmanischen Reiches, die vor über hundert Jahren ihren Anfang nahmen. Er beklagt die Taten der damaligen jungtürkischen Regierung, die zur fast vollständigen Vernichtung der Armenier im Osmanischen Reich geführt haben. Ebenso waren Angehörige anderer christlicher Volksgruppen, insbesondere aramäisch-assyrische und chaldäische Christen von Deportationen und Massakern betroffen. Im Auftrag des damaligen jungtürkischen Regimes begannen am 24. April 1915 im osmanischen Konstantinopel die planmäßige Vertreibung und Vernichtung von über einer Million ethnischer Armenier. Ihr Schicksal steht beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säuberungen, der Vertreibungen, ja der Völkermorde, von denen das 20. Jahrhundert auf so schreckliche Weise gezeichnet ist. Dabei wissen wir um die Einzigartigkeit des Holocaust, für den Deutschland Schuld und Verantwortung trägt. [...] Der Bundestag bekennt sich zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands. Dazu gehört, Türken und Armenier dabei zu unterstützen, über die Gräben der Vergangenheit hinweg nach Wegen der Versöhnung und Verständigung zu suchen.“

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln begrüßt die Klarstellung des Deutschen Bundestages hinsichtlich der historischen Bewertung und Einordnung dieses Verbrechens zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit allem Nachdruck. Sie unterstützt den Wunsch, den Nachfahren der Opfer des Völkermordes, eine angemessene Form und einen Ort des Gedenkens und der Trauer zu ermöglichen. Hierdurch soll ein Beitrag geleistet werden zur Aussöhnung zwischen den Nachfahren der Opfer- und der Tätergenerationen.“

Beschluss:

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, eine geeignete Form und einen angemessenen Ort der Erinnerung an die Opfer des Völkermords an den Armeniern im damaligen Osmanischen Reich in den Jahren 1915/1916 zu finden und vorzuschlagen. Der Vorschlag soll auch auf Grundlage der Antworten auf die von der SPD-Fraktion am 26.04.2016 gestellte und noch nicht beantwortete Anfrage im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den Dringlichkeitsantrag abstimmen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss stimmt – der einstimmigen Empfehlung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 03.11.2015 folgend – der Errichtung eines Gedenksteines auf dem armenischen Gräberfeld des Friedhofs Leimbacher Weg in Köln-Brück zur Erinnerung an die Opfer des Völkermords an den Armeniern im dama-

ligen Osmanischen Reich in den Jahren 1915/1916 zu. Die konkrete Umsetzung des Beschlusses erfolgt auf der Basis der Vorschriften für die Gestaltung von Grabstätten (§§ 28 ff. Friedhofssatzung) und ist zwischen der Verwaltung und den Petenten abzustimmen. Der Kreuzstein trägt die Inschrift: „Im Gedenken an die Opfer des Völkermords an den Armeniern - 1915/1916“.

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion mehrheitlich zugestimmt.

5 Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.1.1 1. Änderungsverordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2017 0597/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/0428/2017

Herr Krupp begründet den Änderungsantrag.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller beantwortet Fragen zum Thema. Er betont die Wichtigkeit der vom Wirtschaftsminister angekündigten und in Kürze zu erwartenden Handreichung. Auf Nachfrage von Herrn Krupp teilt er mit, die Bezirksvertretungen seien bereits informiert und würden per Dringlichkeitsentscheidung angehört.

Herr Dr. Elster führt aus, die CDU-Fraktion spreche sich für den Alternativbeschluss der Dringlichkeitsvorlage aus.

Die Mitglieder des Hauptausschusses debattieren ausgiebig über die anstehende Entscheidung.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion (AN0428/2017) abstimmen.

Beschluss:

- 1. Die 1. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen für das Jahr 2017 (Amtsblatt Nr. 48 vom 07.12.2016) wird aufgehoben.*
2. Die Verwaltung wird beauftragt unverzüglich darauf hinzuwirken, dass sich die vom Rat angeregte erweiterte Konsensrunde konstituiert und auf Basis der aktuellen Erkenntnisse einen Verfahrensvorschlag für das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen zu entwickeln. Die Verwaltung wirkt über die beteiligten kommunalen Verbände darauf hin, dass die Erkenntnisse und Ergebnisse der Konsensrunde in den Erstellungsprozess des Handlungsleitfadens für die Kommunen einfließen und dieser zügig verfasst wird. Die Verwaltung stellt zudem sicher, dass auf Grundlage der Konsensrunde und des Handlungsleitfadens für die Kommunen zeitnah ein neues Verfahren erstellt und kommuniziert

wird, um den Beteiligten Planungs- und Rechtssicherheit zu geben. Die Bezirksvertretungen sind in das Verfahren frühzeitig und in geeigneter Form einzubinden.

Abstimmungsergebnis: Gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. mehrheitlich abgelehnt.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den Alternativbeschluss der Ursprungsvorlage 0597/2017 in der wie folgt mündlich geänderten Fassung abstimmen:

Alternativbeschluss:

Gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW in Verbindung mit § 41 GO NW und § 6 LÖG NW wird die als Anlage 02 beigefügte 1. Änderungsverordnung der 1. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen für das Jahr 2017 vom 25.11.2016 (Amtsblatt Nr. 48 vom 07.12.2016) beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. mehrheitlich zugestimmt.

5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Sonstige Allgemeine Vorlagen

7 Mündliche Anfragen

Stiftung Butzweilerhof

Herr Dr. Elster berichtet, an ihn sei herangetragen worden, die Stiftung Butzweilerhof befinde sich in Auflösung oder sei aufgelöst worden. Die Sammlung würde derzeit in ein Berliner Museum gebracht. Er fragt, ob es stimme, dass es einen Vertrag zwischen der Stadt Köln und der Stiftung gebe aus welchem hervorgehe, dass im Falle der Auflösung der Stiftung die Sammlung an die Stadt Köln gehe. Er bittet um eine Mitteilung der Verwaltung im Hauptausschuss, Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales (AVR) sowie im Ausschuss für Kunst und Kultur.

Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

CSD

Frau Stahlhofen erfragt den Sachstand hinsichtlich einer möglichen finanziellen Unterstützung für die Durchführung des diesjährigen CSD.

Herr Dr. Rau antwortet, es liefen bereits Gespräche mit der Dienststelle Diversity. Er sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Oberbürgermeisterin Reker betont die Wichtigkeit des CSD für Köln. Die Stadt könne jedoch nicht die Veranstalterrolle übernehmen. Man suche derzeit nach einer Möglichkeit, die Durchführung des CSD zu unterstützen.

Frau Jahn bekräftigt im Namen der Fraktion Die Grünen ebenfalls, der CSD sei für Köln sehr wichtig.

gez. Henriette Reker
Oberbürgermeisterin

Gez. Maria Knaup
Schriftführerin